



Präsidentin CVP-Frauen Schweiz Klaraweg 6 3006 Bern

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement
Frau Bundesrätin
Simonetta Sommaruga
Bundeshaus
3003 Bern

Bern, den 31. Mai 2011

Vernehmlassung zum Tätigkeitsverbot und Kontakt- und Rayonverbot

(Änderung der Bundesverfassung, des Strafgesetzbuches, des Militärstrafgesetzes und des Jugendgesetzes)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die Möglichkeit, uns zu den Änderungsanträgen im Strafgesetzbuch, im Jugendstrafgesetz und im Militärstrafgesetz zu äussern. Das Büro der CVP-Frauen Schweiz nimmt wie folgt Stellung:

Im Rahmen einer umfassenden Familienpolitik haben sich die CVP-Frauen Schweiz schon lange mit der Problematik der „Pädophilie“ auseinandergesetzt. Wir fordern ganz klar einen besseren Schutz gegen jegliche Form von Pädophilie. Deshalb unterstützen wir den vorliegenden Gesetzesentwurf und finden, dass die vorgeschlagenen Änderungen in der Bundesverfassung, dem Strafgesetzbuch, dem Militärgesetz und dem Jugendstrafgesetz aufgenommen werden sollen.

Unsicher sind wir, ob der vorliegende Entwurf wirklich für den Schutz vor Missbrauch von Kindern im Familienkreis oder von älteren, besonders schutzbedürftigen Personen genügen wird.

Wir hegen einzig Zweifel bezüglich der vorgeschlagenen Regelung, jeweils vor Vergabe einer neuen Tätigkeit mit unmündigen Personen immer einen erweiterten Strafregisterauszug einzuholen. Im Bereich der Freiwilligenarbeit kann die Umsetzung dieser Forderung fast nicht bewältigt werden. Der zusätzliche Arbeitsaufwand ist enorm und von Freiwilligen kaum durchführbar. Wäre es nicht sinnvoller, das Umfeld der Jugendarbeit ganz gezielt mit einer dauernden Präventionskampagne „gegen sexuelle Übergriffe“ zu sensibilisieren?

Wir danken Ihnen für die wohlwollende Aufnahme unserer Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen

Die Präsidentin

Babette Sigg Frank